

2000 Unterschriften und ein gemeinsamer Wille

Das Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien wurde von unseren Genossen und Kollegen des S. M. Kirow-Werkes freudig aufgenommen, was in vielen Erklärungen und Unterschriften an die Betriebsparteiorganisation zum Ausdruck kam.

Mit dem Erscheinen des Bulganin-Briefes an die NATO-Staaten und besonders an Adenauer erhielt die Bereitschaft unserer Kollegen, die Menschen für Frieden und Sozialismus zu mobilisieren, einen weiteren Aufschwung. Für unsere Parteiorganisation ergab sich hieraus die Frage: Wie können wir den Brief Bulganins unterstützen, um die Aufgeschlossenheit der Kollegen in richtige Bahnen zu lenken? In einer Beratung mit den Sekretären der Abteilungsparteiorganisationen und den Leitern der Abteilungsgewerkschaftsgruppen kamen wir überein, einen Brief an die Arbeiter, Angestellten und Betriebsräte unseres Kontaktbetriebes in Westdeutschland zu schreiben. Daraufhin wurde in den Kurzversammlungen und Diskussionen über die Botschaft Bulganins, mit denen wir bereits in allen Abteilungen und Brigaden begonnen hatten, gleichzeitig die Bedeutung des Briefes an unsere Kollegen in Westdeutschland erläutert. Mehr als 2000 Angehörige unseres Werkes unterschrieben den Brief an die westdeutschen Kollegen, in dem sie aufgefordert werden, nicht länger zu schweigen, sondern die immer stärker werdende Protestbewegung zu unterstützen und selbst zum aktiven Handeln gegen die Schaffung von Atombasen auf westdeutschem Boden überzugehen. Sie appellierten an ihre westdeutschen Kollegen, sich dafür einzusetzen, daß eine gemeinsame Kommission gebildet wird, welche über die durchzuführenden Maßnahmen berät. Diesen Brief überbrachten Kollegen von uns dem Betriebsratsvorsitzenden des Kontaktbetriebes.

Natürlich zeigten sich in diesen Diskussionen auch Unklarheiten und falsche Vorstellungen bei Kollegen. Es gab einige, die die Mobilisierung der westdeutschen Bevölkerung nicht als notwendig ansahen und sie ablehnten. So meinte z. B. eine junge Kollegin aus dem Konstruktionsbüro, daß Atombomben doch nur „böse“

Menschen vernichten würden, und sie begründete ihre Weigerung, den Brief zu unterschreiben, mit ihrem Glauben an die christliche Lehre. In einer Unterhaltung mit ihr bewiesen unsere Genossen ihr, daß die verderbenbringenden Atombomben auch nicht vor den Gotteshäusern haltmachen am Beispiel des Atombombenangriffs auf Nagasaki und Hiroshima. Des weiteren beauftragte unsere Parteileitung die Genossen der BGL, gemeinsam mit dem für diese Abteilung verantwortlichen Parteileitungsmitglied und den Genossen Produktionsarbeitern, in dieser Abteilung Aussprachen zu führen, bis wirklich allen Kollegen die Ziele des Imperialismus und die Rolle der Kirche klargeworden sind.

In einer weiteren Zusammenkunft mit den Abteilungsparteisekretären, in der wir darüber berieten, wie der Kampf für die Erhaltung des Friedens noch vertieft werden kann, wurde beschlossen, daß jeder Genosse eine Hausversammlung über die Bedeutung des Bulganin-Briefes veranstalten sollte. Gleichzeitig wurden Genossen beauftragt, diese Botschaft, welche am 19. Januar als Beilage in der „Leipziger Volkszeitung“ erschien, mit einem persönlichen Anschreiben nach Westdeutschland zu schicken. Diese Briefe wurden über den Briefzirkel für Gesamtdeutsche Arbeit weitergeleitet.

Unterstützt wurde die Entfaltung der Aussprache auf breiter Grundlage noch durch die Ansprache unseres Ministerpräsidenten Otto Grotewohl. Sie bewirkte, daß aus allen Abteilungen Entschließungen, Stellungnahmen, Resolutionen und Zustimmungserklärungen an die Betriebsparteiorganisation zur Weiterleitung geschickt wurden, in denen sie mit ihrer Unterschrift die Zustimmung zum Volksentscheid gaben. Die Genossen und Kollegen der Abteilung Instandhaltung wollen mit den Menschen in ihren Wohngemeinschaften sprechen, um sie davon zu überzeugen, daß die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist und dazu beiträgt, das deutsche Volk auf friedlicher Grundlage zu vereinen.

In allen Schreiben unserer Genossen und Kollegen zur Botschaft Bulganins